

Antrag O-01
UB Duisburg**Empfehlung der Antragskommission**
Ablehnung**Der Landesparteitag möge beschließen:****Änderung des Beitragserhöhungsverfahrens**

1 Vom bisherigen Verfahren bei Beitragserhöhungen,
2 Nicht-Meldung als Zustimmung zu werten, soll Abstand
3 genommen werden. Stattdessen soll eine Beitragserhö-
4 hung künftig nur dann wirksam werden, wenn das Mit-
5 glied dieser ausdrücklich zugestimmt hat.

6

Begründung

8

9 Schon das Schreiben des Parteivorstandes zu Beitrags-
10 erhöhungen im Jahr 2019 hat an der Parteibasis viel-
11 fach für Unmut gesorgt und auch manchen Parteiaus-
12 tritt provoziert. Nunmehr ist die Beitragserhöhung zum
13 01.01.2021 wirksam geworden, und den Mitgliedern wur-
14 de schriftlich freigestellt, der beschlussgemäßen Erhö-
15 hung zuzustimmen, einen anderen Mitgliedsbeitrag zu
16 wählen oder es bei dem bisherigen Mitgliedsbeitrag zu
17 belassen. Was nicht erwähnt wurde, aber gängiger Pra-
18 xis entsprechend hierbei ebenso gilt, ist, dass Nicht-
19 Meldung zumindest im Einzugsverfahren automatisch
20 zu beschlussgemäßer Erhöhung führt.

21 Damals wie heute ging und geht es vielen Parteimit-
22 gliedern an der Basis es weniger um die Sache bzw. die
23 nachvollziehbare Finanzsituation der SPD selbst, son-
24 dern vielmehr um die Form, in der die Beitragserhöhung
25 durchgeführt wird. Wie mittlerweile in der gesamten
26 Welt des Kommerzes üblich spekuliert man mit dieser
27 Vorgehensweise auf die Vergesslichkeit und Bequem-
28 lichkeit der Menschen. Dies mag aus rein monetären Ge-
29 sichtspunkten sicherlich der erfolgsversprechendere Weg
30 sein, doch sollte gerade die SPD mit ihrem hohen mora-
31 lischen Anspruch nicht das gleiche Gebaren an den Tag
32 legen wie Banken, Versicherungen u.a. gewinnorientier-
33 te Unternehmen, sondern stattdessen auf die aktive So-
34 lidarität der Genossinnen und Genossen vertrauen. Wer
35 der Partei also helfen möchte, sollte sich aktiv dazu be-
36 kennen und mit einer klaren Willensäußerung seinen
37 Beitrag erhöhen.